

Stefan Schiman

Krise im Euro-Raum hemmt Aufschwung in Österreich

Prognose für 2013 und 2014

Die Anfang 2013 von einigen Vorlaufindikatoren angedeutete Erholung im Euro-Raum blieb bislang aus. In Österreich entwickelte sich die Wirtschaft im 1. Quartal 2013 daher schwächer als erwartet. Das WIFO prognostiziert einen mäßigen Aufschwung im 2. Halbjahr, das Wirtschaftswachstum wird aber 2013 lediglich 0,4% betragen; 2014 wird es sich auf 1,6% beschleunigen.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf> • Wissenschaftliche Assistenz: Nora Popp • Abgeschlossen am 26. Juni 2013. • E-Mail-Adresse: Stefan.Schiman@wifo.ac.at

Während die Konjunkturerholung in den USA, in Japan und Teilen Südostasiens, Südamerikas und Afrikas anhält, bleibt die Wirtschaftsentwicklung in Europa, insbesondere im Euro-Raum besonders schwach. In einigen europäischen Peripherieländern wurden Maßnahmen gesetzt, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und das Defizit im Außenbeitrag zu senken. Wegen der niedrigen Exportquote der betroffenen Länder und des gedämpften Welthandels¹⁾ dominierten aber die negativen binnenwirtschaftlichen Effekte dieser Maßnahmen. Aufgrund des Attentismus der Banken bei der Kreditvergabe kann die Fremdfinanzierung den Ausfall der Eigenfinanzierung im privaten Sektor vielfach nicht kompensieren. Die empfindliche simultane Einschränkung der öffentlichen Nachfrage in vielen europäischen Ländern erwies sich zudem als kräftige Wachstumsbremse.

In Österreich ist die Export- und Investitionsdynamik aufgrund des schwachen internationalen Umfeldes auch heuer gedämpft. Ein mäßiger Anstieg der Realeinkommen und zunehmende Sparanstrengungen der privaten Haushalte belasten weiterhin die Konsumnachfrage. Das reale BIP wird daher 2013 um nur 0,4% wachsen. Der Beschäftigungszuwachs verliert an Dynamik (2013 +0,7%, 2014 +0,8%), die Arbeitslosenquote nimmt zu (auf 7,5% bzw. 7,6%); die Inflation geht langsam zurück (auf 2,2% bzw. 2,0%).

Üblicherweise expandiert der Welthandel bei solidem Produktionswachstum (Weltwirtschaft 2012 +3,2%, Durchschnitt 1992/2012 +3,6%) zügig; 2014 dürfte er daher mit +6,0% wieder den langfristigen Durchschnitt erreichen. Österreich wird als exportstarke Volkswirtschaft von dieser Belebung profitieren: Die Exporte werden 2014 stärker anziehen und zunehmend heimische Investitionen stimulieren. Die privaten Haushalte werden die Einkommenszugewinne 2014 wieder vermehrt für Konsumzwecke verwenden. Für 2014 wird daher mit einem realen BIP-Zuwachs von 1,6% gerechnet.

¹⁾ Der Welthandel nahm 2012 mit +1,9% (Durchschnitt 1992/2012 +6,0%) deutlich weniger zu als die Wirtschaftsleistung insgesamt (+3,2%); laut OECD war eine solche Konstellation in den vergangenen 50 Jahren erst sechsmal zu beobachten (zuletzt in den Abschwungjahren 2001 und 2009).

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		- 3,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Nominell		- 2,3	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,5
Herstellung von Waren ¹⁾ , real		- 12,7	+ 7,0	+ 8,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,5
Handel, real		- 0,3	+ 1,4	+ 1,3	- 1,4	- 0,8	+ 1,3
Private Konsumausgaben, real		+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen, real		- 7,8	+ 0,8	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5
Ausrüstungen		- 10,6	+ 6,0	+ 12,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,0
Bauten		- 7,1	- 2,7	+ 4,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,1
Warenexporte ²⁾							
Real		- 18,3	+ 13,0	+ 7,9	+ 0,2	+ 1,8	+ 5,5
Nominell		- 20,2	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 6,6
Warenimporte ²⁾							
Real		- 14,1	+ 10,9	+ 8,5	- 0,4	+ 0,8	+ 5,2
Nominell		- 18,4	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 6,0
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 7,49	+ 9,74	+ 4,08	+ 5,47	+ 7,91	+ 9,19
	in % des BIP	+ 2,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,8
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	3,9	3,2	3,3	2,4	1,8	1,8
Verbraucherpreise		+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁴⁾		4,8	4,4	4,2	4,3	5,0	5,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾		7,2	6,9	6,7	7,0	7,5	7,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁶⁾		- 1,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 4,1	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 1,7

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut Statistik Austria. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Labour Force Survey. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

Anhaltende Konjunkturerholung in den USA

In den USA stützt der private Konsum die Konjunktur. Eine wirksame Geldpolitik und der Anstieg der Vermögenswerte überlagern die dämpfenden Effekte der Fiskalpolitik.

Das Verbrauchervertrauen folgt in den USA einem mäßigen Aufwärtstrend. Die geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbank sorgen für günstige Finanzierungsbedingungen. Die Bautätigkeit nimmt zu; die Immobilienpreise steigen und damit das Vermögen der privaten Haushalte. Zudem hat sich deren Verschuldungssituation fünf Jahre nach Ausbruch der Finanzmarktkrise wieder entspannt, wenn auch zu einem großen Teil durch Privatkonkurse. Die jüngsten Einschnitte in den öffentlichen Haushalten wirkten sich noch nicht auf den privaten Konsum aus. Ende 2012 nahm die Investitionsnachfrage aufgrund von Vorzieheffekten vor dem Auslaufen von Steuerbegünstigungen vorübergehend deutlich zu; energieintensive Investitionen könnten durch die relativ niedrigen Energiepreise (Rohöl, Schiefergas) begünstigt werden. Gedämpft wird die Erholung durch die automatischen Budgetrestriktionen des "Sequester", der im März 2013 in Kraft getreten ist. Nicht zuletzt in konjunkturagiblen Bereichen (z. B. Infrastruktur) sind hier empfindliche Einschnitte möglich. Für 2013 und 2014 wird mit einem BIP-Zuwachs von 1,8% bzw. 2,4% gerechnet.

Umbruchphase in China

Die Verlangsamung des Wachstums in China geht teilweise auf Struktureffekte zurück. Der starke Anstieg des Kreditvolumens im Schattenbankenwesen birgt ein Risiko für die Finanzmarktstabilität.

Die BIP-Zuwächse blieben in China zuletzt unter den Erwartungen. Zwei Trends verstärken einander: Erstens leistet die private Konsumnachfrage seit 2011 anhaltend höhere Wachstumsbeiträge als die Investitionen. Zweitens übersteigt seit Mitte 2012 der Wachstumsbeitrag der Dienstleistungen jenen der Industrieproduktion. Die Abschwächung ist also mit einer Folge der zunehmenden Tertiärisierung der chinesischen Wirtschaft. Dass eher eine Abnahme des Potentialwachstums als eine ausschließlich konjunkturbedingte Schwächephase dahintersteht, zeigt auch die Stellenandrangsziffer laut Nomura-Bank: Die Zahl der Arbeitslosen in Relation zu den offenen Stellen hat den niedrigsten Stand seit 2001 erreicht. Die chinesische Wirtschaft befindet sich aber erst am Beginn dieses Transformationsprozesses, schwierige Herausforderungen stehen noch bevor. Insgesamt bestehen immer noch ein deutlicher Überhang an Investitionen und Ersparnissen und ein Mangel an Konsumnachfrage. Darüber hinaus verschuldeten sich in den vergangenen Jahren die lokalen Gebietskörperschaften hoch, um die Konjunktur zu stützen. Zusammen mit der Expansion des Schattenbankenwesens, das durch die ausgeprägte Regulierung des chinesischen Finanzsektors begünstigt wird, ergibt sich daraus ein erhebliches Risiko

für die Finanzmarktstabilität des Landes. Für 2013 und 2014 wird ein BIP-Zuwachs von 7,5% bzw. 8,0% erwartet.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	- 0,6	+ 5,2	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,8
USA	- 3,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,4
Japan	- 5,5	+ 4,7	- 0,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,8
EU 28	- 4,3	+ 2,1	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,2
Euro-Raum (17 Länder ¹⁾)	- 4,4	+ 2,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,7	+ 1,0
Deutschland	- 5,1	+ 4,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,8
Neue EU-Länder ²⁾)	- 3,2	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,1
China	+ 9,2	+ 10,4	+ 9,3	+ 7,8	+ 7,5	+ 8,0
Welthandel, real	- 12,4	+ 14,5	+ 6,0	+ 1,9	+ 3,2	+ 6,0
Marktwachstum Österreichs ³⁾)	- 10,9	+ 11,4	+ 6,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 5,5
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise⁴⁾)</i>						
Ohne Rohöl	- 28,4	+ 31,9	+ 19,2	- 14,4	- 5	+ 10
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	61,5	79,5	111,3	111,6	105	105
Wechselkurs ⁵⁾) \$ je Euro	1,393	1,327	1,392	1,286	1,30	1,30

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ²⁾ Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Dollar-Basis. – ⁵⁾ Monatsdurchschnitte.

In Japan verfolgt die neue Regierung zusammen mit der Notenbank eine dreigliedrige Strategie, um das Land aus der Deflation zu führen und die Wirtschaft zu beleben: Die erste Säule bilden signifikante Fiskalstimuli, die die Nachfrage noch heuer in Schwung bringen sollen, um 2014 die öffentlichen Finanzen zunehmend konsolidieren zu können. Unterstützt wird diese Politik zweitens durch eine massive geldpolitische Expansion, bis 2015 soll die Geldmenge verdoppelt werden. Drittens sollen Strukturreformen (Liberalisierung im Energie- und Agrarbereich, Förderung der Frauenerwerbstätigkeit) die Effizienz der Wirtschaft erhöhen. Ob nachhaltige Reformen in Gang kommen, bleibt abzuwarten. Die Unternehmensstimmung verbesserte sich bisher kaum, auch fehlen Anzeichen für einen Anstieg der Löhne, der eine notwendige Voraussetzung für die nachhaltige Lösung aus der Deflation wäre. Kurzfristig zeigten sich aber schon deutliche Effekte. So zogen die Exporte im I. Quartal 2013 im Gefolge der merklichen Yen-Abwertung stark an, und der private Konsum festigte sich. Für 2013 wird daher mit einem Zuwachs des realen BIP von 1,3% gerechnet, für 2014 mit 1,8%.

Im Euro-Raum blieb die Konjunkturerholung bisher aus, das BIP schrumpfte im I. Quartal 2013 um 0,2%. Die leichte Verbesserung des EU-Konjunkturindicators Ende 2012, die einer Talfahrt seit Anfang 2011 gefolgt war, kam zu Jahresbeginn 2013 zum Stillstand; der Indikator stagniert seither auf unterdurchschnittlichem Niveau. Mit einer raschen nachhaltigen Belebung ist nicht zu rechnen. Von der öffentlichen Nachfrage gehen in den meisten Ländern restriktive Impulse aus, die Politik der EZB entfaltet nicht ihre volle Wirkung. Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit und der gedrückten Kaufkraft wird die private Nachfrage durch die ungünstigen Absatzerwartungen und die insbesondere in den Krisenländern hohen Kreditzinssätze gedämpft. Maßnahmen zur Arbeitsmarktliberalisierung dürften den Ausschlag der konjunkturellen Amplitude zusätzlich verstärkt haben. Außerdem belastet eine hohe Privatverschuldung nach dem Platzen von Vermögensblasen die Konsum- und Investitionsbereitschaft in einigen Ländern.

Positive Impulse sind lediglich vom Außenhandel zu erwarten. Länder mit niedriger Exportquote, wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Frankreich, werden von der Belebung des Welthandels jedoch am wenigsten profitieren. Die negativen binnenwirtschaftlichen Effekte von Maßnahmen zur Anhebung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, wie etwa Lohnkürzungen, dürften dort gegenüber den angestreb-

Reformanstrengungen in Japan

Die Nachhaltigkeit der jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Japan muss sich erst zeigen; die Unternehmensstimmung verbesserte sich noch nicht maßgeblich.

Europäische Wirtschaft bleibt schwach

Die starke und simultane Einschränkung der öffentlichen Nachfrage in einigen EU-Ländern, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die gehemmte Kreditvergabe und die Welthandelsflaute belasten die Konjunktur im Euro-Raum.

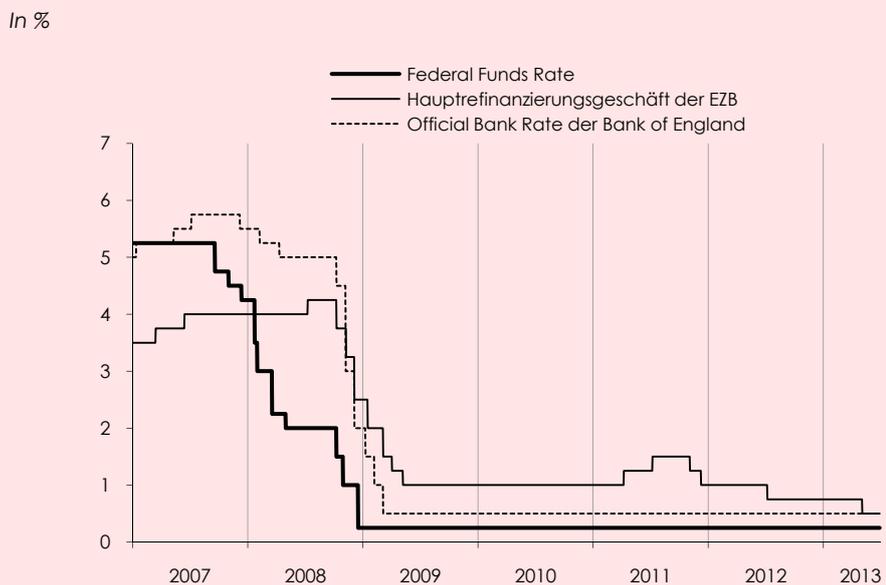
ten positiven Wirkungen der Exportsteigerung dominieren; diese Länder bleiben auch heuer in der Rezession. In Zypern und Slowenien bewirken schwere Verwerfungen im Finanzsektor einen anhaltenden Rückgang des BIP; der Vermögensverfall nach dem Platzen einer Immobilienpreisblase lässt auch das BIP in den Niederlanden schrumpfen. Profitieren werden von der Belebung des Welthandels hingegen exportstarke Länder wie Irland, Deutschland, Österreich, die baltischen Länder, Ungarn und die Slowakei. Insgesamt wird für den Euro-Raum 2013 ein Rückgang des BIP um 0,7% erwartet, 2014 dürfte die Wirtschaftsleistung mäßig wachsen (+1,0%; EU insgesamt 2013 -0,3%, 2014 +1,2%).

EZB-Zinssenkung hat kaum Auswirkungen

Die Wirtschaftspolitik ist auf Ebene der Währungsunion von Passivität geprägt. Die Leitzinssatzsenkung vermittelt aufgrund der gehemmten Kreditvergabe keine expansiven Impulse.

Die EZB senkte den Hauptrefinanzierungssatz am 2. Mai 2013 von 0,75% auf 0,50% und verlängerte die Frist für unbeschränkte Zentralbankkredite an Banken bis Juli 2014. Zwischen Mai 2009 und Juli 2012 betrug der Hauptrefinanzierungssatz 1%, mit Ausnahme der Periode von April bis Dezember 2011, als er zwischenzeitlich auf bis zu 1,5% erhöht wurde. In den USA und in Großbritannien sind die Leitzinssätze niedriger (0% bis 0,25% bzw. 0,5%) und seit über vier Jahren konstant.

Abbildung 1: Leitzinssätze im Euro-Raum, in Großbritannien und den USA



Q: EZB, Fed, Bank of England.

Wenn der Zinstransmissionsmechanismus ungestört ist, sollte theoretisch eine Senkung des Leitzinssatzes von den Geschäftsbanken an die Schuldner weitergegeben werden. Die Finanzierung von dauerhaften Konsumgütern (z. B. Pkw) und Investitionsprojekten (vor allem Bauvorhaben) würde billiger; eine Senkung der Kreditzinssätze würde aber auch die Bedienung von Schulden erleichtern und dadurch Spielraum für Neuanschaffungen eröffnen. Der Zunahme der Kreditnachfrage würde ein Anstieg des Konsums, der Investitionen und der Beschäftigung folgen. Anleihenarbitrageure würden durch einen vermehrten Verkauf von Anleihen, die in Euro denominiert sind, dafür sorgen, dass die Währung an Wert verliert. Dies würde die Exporte in Drittländer beleben. Da der EZB-Zinsschritt jedoch gering war (-0,25 Prozentpunkte), wären die Effekte selbst bei einem ungestörten Transmissionsmechanismus klein: Gemäß dem Oxford Global Economic Model würde sich das BIP-Wachstum im Euro-Raum 2014 um lediglich 0,1 Prozentpunkt erhöhen, die Auswirkungen auf Leistungsbilanz und Arbeitslosenquote wären vernachlässigbar.

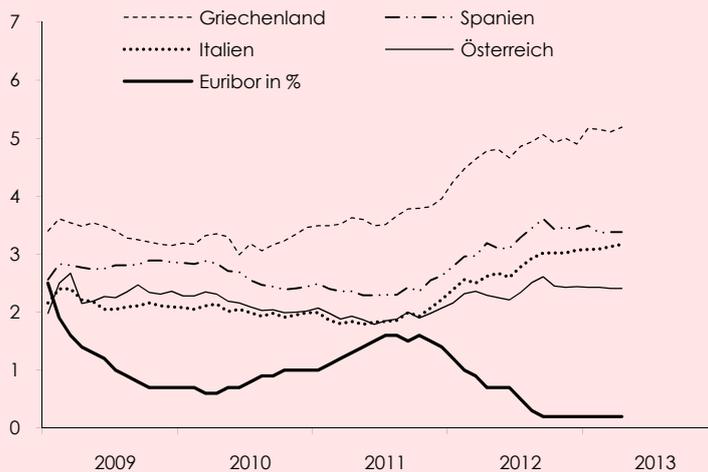
Die Weitergabe der Zinssatzsenkung über niedrigere Kreditzinssätze für Unternehmen wird jedoch vor allem in den Peripherieländern des Euro-Raumes durch hohe Risikoaufschläge erschwert. Diese wirken der Zinspolitik der EZB entgegen. So reagierten die Kreditzinssätze für Unternehmen in Spanien, Griechenland und Italien kaum auf

die Zinssatzsenkungen von Ende 2011; ab 2012 ist eine deutliche Zunahme des Zinsaufschlages gegenüber dem Euribor zu erkennen (Abbildung 2). Konsumkredite wurden in manchen Ländern in den letzten zwei Jahren sogar teurer. Gleichzeitig können sich Länder wie Deutschland und Österreich zu immer günstigeren Konditionen verschulden. Mit einem neuen Programm der deutschen Förderbank KfW soll durch staatsbesicherte Kredite die Kreditklemme in Spanien und Portugal gelockert werden.

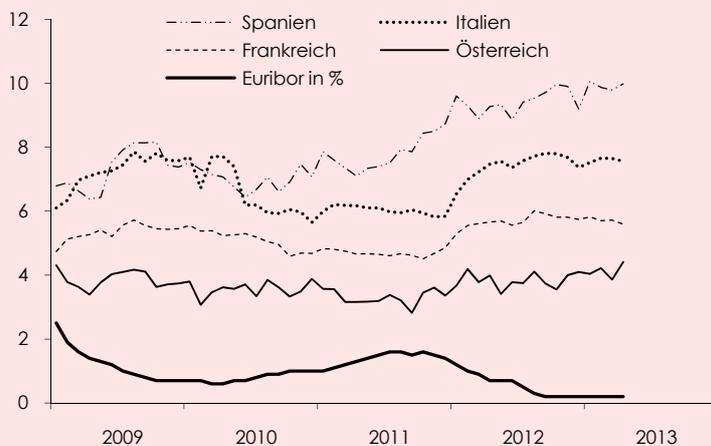
Abbildung 2: Zinsaufschläge im Euro-Raum für Kredite mit einer Laufzeit von 1 bis 5 Jahren

Zinsdifferential zum 3-Monats-Euribor in Prozentpunkten

Für ausstehende Unternehmenskredite



Für neue Konsumkredite an private Haushalte



Q: EZB, Fed, Bank of England.

Neben dem Kreditangebot dürfte aber auch die Kreditnachfrage schwächer reagieren als von der Modellsimulation unterstellt, da der Privatsektor hoch verschuldet ist und die Finanzierungserleichterung eher für einen rascheren Schuldenabbau nützt als für Neuanschaffungen. Die vielleicht wichtigste Rolle spielen die Absatzerwartungen: Überwiegt die Einschätzung, dass die Nachfrageschwäche anhält, dann werden die Unternehmen trotz besserer Finanzierungsbedingungen nicht mehr investieren, sondern ihre liquiden Mittel auf Bankkonten horten.

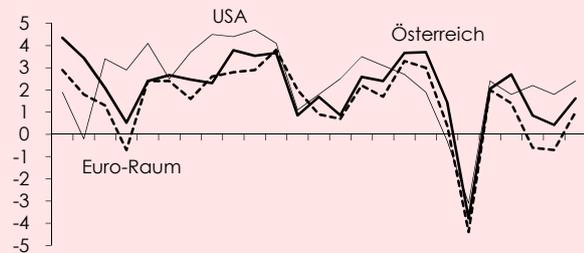
Von Seiten der EZB gibt es zwar Überlegungen, um den Prozess der Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen. Politische Vorbehalte aus einzelnen Mitgliedsländern, insbesondere aus Deutschland, machen eine rasche Umsetzung jedoch wenig wahrscheinlich. Im Zentrum solcher außergewöhnlicher geldpolitischer Maßnahmen steht zumeist eine Garantie der Zentralbank. Der Ankauf hypothekenbesicherter

Wertpapiere durch die Fed und das Programm "Funding for Lending" der Bank of England sind effektiver als die Maßnahmen der EZB; durch die Bündelung der Ausfallrisiken bei der Zentralbank sollen die Kreditvergabe gestärkt, der Aufschwung beschleunigt und die Ausfallrisiken ihrerseits verringert werden.

Abbildung 3: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

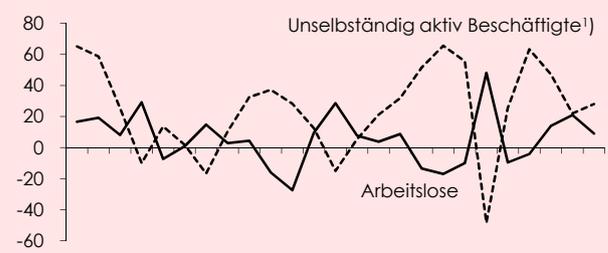
Wirtschaftswachstum

In %



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



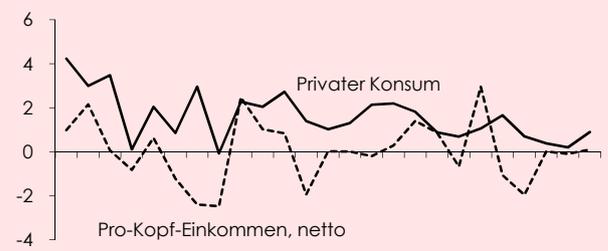
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



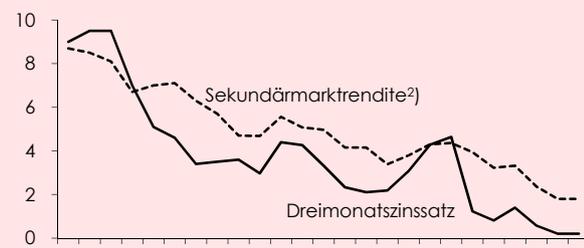
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



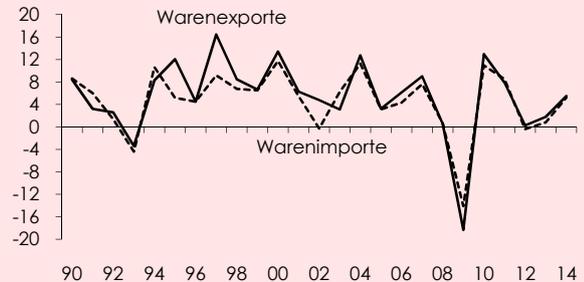
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



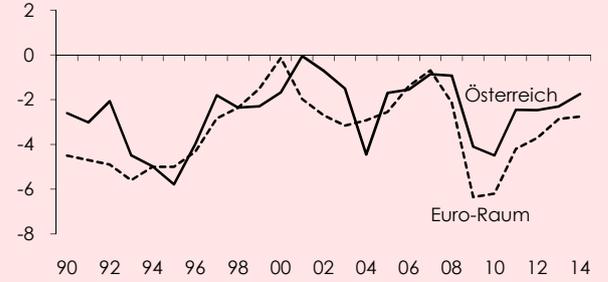
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – 1) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienere, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung in der Beschäftigtenstatistik. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Neben der Geldpolitik reagierte im Euro-Raum auch die Fiskalpolitik mit Anpassungen: Die Europäische Kommission verlängerte die Fristen für die Erreichung von Bud-

getzielen für sieben Länder (Spanien, Portugal, Frankreich, Polen, Slowenien, Niederlande, Belgien). Zu der signifikanten Konjunkturschwäche in diesen Ländern kommen in Spanien und Slowenien massive Bankenprobleme, während die niederländischen Privathaushalte unter dem Vermögensverfall nach dem Platzen einer Immobilienpreisblase leiden. Dies bestätigt bisherige Prognoseannahmen des WIFO, die von einer schrittweisen Lockerung der Budgetvorgaben ausgingen.

Die Wachstumsschwäche in den Nachbarländern erschwert die Konjunkturerholung in Österreich. Die heimische Wirtschaft stagniert seit einem Jahr; bereits Mitte 2011 kühlte der Außenhandel merklich ab. Waren die realen Exporte und Importe davor seit Anfang 2010 saisonbereinigt noch um 2,3% pro Quartal gewachsen, so stiegen sie seither im Durchschnitt um nur noch 0,3% bzw. 0,2%. Diese Verlangsamung wirkte sich auf die Investitionen aus, die bis Mitte 2011 um durchschnittlich 2,1% zunahmen, danach aber stagnierten (+0,1%). Gedämpft wurde die Dynamik der österreichischen Wirtschaft auch durch die Konsumschwäche, die dem Rückgang der Realeinkommen 2010 und 2011 folgte. Der Anstieg des WIFO-Frühindicators Ende 2012 und Anfang 2013 deutet auf eine Steigerung der Bruttowertschöpfung ab Mitte 2013 hin. Im derzeit wahrscheinlichsten Szenario geht die WIFO-Prognose von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,4% 2013 und 1,6% 2014 aus²⁾.

Österreich: Konjunktur erholt sich nur langsam

Für die österreichische Wirtschaft wird zwar weiterhin ein Aufschwung prognostiziert, das BIP wird heuer allerdings um nur 0,4% zunehmen, 2014 um 1,6%.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,88	3,54	3,51	3,51	+15,3	- 8,7	- 1,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	51,59	52,13	52,66	54,50	+ 8,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	6,97	7,96	8,12	8,21	+ 8,2	+14,3	+ 2,0	+ 1,0
Bau	14,66	14,90	14,97	15,14	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,1
Handel, Kfz	30,22	29,80	29,57	29,95	+ 1,3	- 1,4	- 0,8	+ 1,3
Verkehr	10,66	10,63	10,52	10,57	+ 1,0	- 0,3	- 1,0	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	11,21	11,16	11,13	11,32	+ 1,3	- 0,4	- 0,3	+ 1,7
Information und Kommunikation	8,08	7,97	7,90	7,86	- 0,9	- 1,3	- 0,9	- 0,5
Kredit- und Versicherungswesen	15,64	15,42	15,15	15,23	+ 1,4	- 1,4	- 1,7	+ 0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,30	23,80	24,28	24,76	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	21,50	21,69	21,93	22,41	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,2
Öffentliche Verwaltung ²⁾	40,88	41,31	41,60	42,01	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	6,57	6,63	6,65	6,68	- 0,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	244,96	246,93	248,04	252,12	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt	269,69	271,99	273,14	277,55	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Ausweitung der österreichischen Exporte wurde zuletzt von der Nachfrage der drei Nicht-EU-Länder unter den zehn größten Absatzmärkten Österreichs getragen: USA, Schweiz und Russland. Der Absatz innerhalb der EU geriet hingegen ins Stocken; in drei der zehn wichtigsten Zielmärkte war die Wirtschaftsleistung 2012 rückläufig

Außenhandel bleibt heuer verhalten

²⁾ Der statistische negative Wachstumsüberhang aus dem Jahr 2012 beträgt rund 0,1%; dieser Rückstand muss 2013 aufgeholt werden, um einen Zuwachs zu ermöglichen. Die Prognose impliziert für 2014 einen Wachstumsüberhang aus dem Jahr 2013 von +0,5%; die prognostizierte BIP-Steigerung im Jahr 2014 allein würde demnach rund 1,1 Prozentpunkte zur prognostizierten Jahreswachstumsrate von 1,6% beitragen.

Wichtige Absatzmärkte der heimischen Exportbranche befinden sich in der Rezession oder stagnieren. Die Handelsbilanz wird jedoch durch den Rückgang der Rohölpreise entlastet.

(Italien, Tschechien, Ungarn), in Frankreich stagnierte sie, in Deutschland und Großbritannien war sie weiterhin gedämpft, und in Polen kühlte sie sich merklich ab. Die Absatzaussichten für 2013 bleiben in diesen Ländern getrübt: Für Italien, Frankreich und Tschechien wird ein BIP-Rückgang erwartet, die Wirtschaftsleistung von Deutschland, Großbritannien, Ungarn und Polen wird mit weniger als +1% nur schwach zunehmen. Die Nachfrage aus Drittländern federt die Abschwächung im Außenhandel etwas ab. 2013 werden die österreichischen Warenexporte daher real um nur 1,8% wachsen; mit der zunehmenden Handelsdynamik wird sich der Zuwachs 2014 auf 5,5% beschleunigen.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

Zu Herstellungspreisen

	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	193,97	194,72	195,26	197,07	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,9
Private Haushalte ¹⁾	144,34	144,89	145,18	146,49	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
Staat	49,65	49,85	50,10	50,60	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0
Bruttoinvestitionen	59,88	59,99	60,45	62,06	+ 9,6	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,7
Bruttoanlageinvestitionen	56,18	56,83	57,38	58,25	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5
Ausrüstungen	23,26	23,33	23,68	24,15	+ 12,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,0
Bauten	28,09	28,44	28,58	28,90	+ 4,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,1
Inländische Verwendung	254,26	255,69	255,44	258,86	+ 2,5	+ 0,6	- 0,1	+ 1,3
Exporte	154,51	156,86	159,66	167,82	+ 7,2	+ 1,5	+ 1,8	+ 5,1
Reiseverkehr	11,77	12,07	12,01	12,25	+ 0,1	+ 2,6	- 0,5	+ 2,0
Minus Importe	139,25	140,71	142,02	148,95	+ 7,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 4,9
Reiseverkehr	5,62	5,78	5,78	5,90	- 5,0	+ 2,8	± 0,0	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	269,69	271,99	273,14	277,55	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Nominell	300,71	310,85	318,52	329,71	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,5

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Der mäßige Abwärtstrend der Rohstoffpreise, insbesondere der Rohölnotierungen wird 2013 anhalten und 2014 abflachen. Dies verbessert nicht zuletzt die heimische Warenhandelsbilanz, die sich aufgrund der Rohölverteuerung und der Stagnation der Fertigwarenbilanz in den vergangenen Jahren verschlechterte. Gegenläufige makroökonomische Faktoren halten den Euro-Dollar-Wechselkurs überwiegend in der Bandbreite von 1,2 \$ bis 1,4 \$; Abwärtsrisiken kommen vom Wachstumsdifferential zwischen den beiden Wirtschaftsräumen, Aufwärtsrisiken vom Inflationsdifferential; neutral wirkt das beiderseitige Niedrigzinsumfeld.

Schwäche der Auslandsnachfrage dämpft Investitionen

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen bleiben zwar günstig, die Ausrustungsinvestitionen werden aber durch den Nachfragemangel beschränkt. In der Bauwirtschaft lässt hingegen der zunehmende Nachfrageüberhang die Preise deutlich anziehen.

Parallel zum gedämpften Ausblick für die Exportwirtschaft trübten sich die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests ein. Die aktuelle Lagebeurteilung verschlechtert sich seit Beginn der Konjunkturabschwächung Mitte 2011. Der Rückgang ist u. a. auf die Abwärtstendenz der Exportaufträge zurückzuführen, die Unternehmen passen ihre Einschätzung allmählich an die internationale Entwicklung an. Die Erwartungen zu den Exportaufträgen in den folgenden drei Monaten dürften den Tiefpunkt durchschritten haben, der Trend flachte Ende 2012 ab; der Saldo zwischen den Unternehmen, die einen Anstieg der Exportaufträge erwarten, und jenen, die eine Abnahme erwarten, war im April erstmals deutlich höher als im Vorquartal, obgleich weiterhin unterdurchschnittlich.

Der Saldo der unternehmerischen Erwartungen hat sich Ende 2011 nach einer deutlichen Abnahme stabilisiert. Die Beschäftigung wurde ausgebaut; der Anteil der Unternehmen, die sich durch Arbeitskräftemangel in ihrer Produktion behindert sahen, nahm in den letzten zwei Jahren kontinuierlich ab. Die Finanzierungsbedingungen verbesserten sich weiter, die Zinssätze werden auch über den Prognosezeitraum niedrig bleiben; der Dreimonatszinssatz wird bei durchschnittlich 0,2% liegen, die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei 1,8%. Die Investitionen werden durch das niedrige Zinsniveau aber nicht maßgeblich beflügelt, da der Mangel an effektiver Nachfrage die Dynamik dämpft: Der Anteil der Unternehmen, die ihre Produktion primär durch einen Nachfragemangel behindert

sehen, stieg von rund 12% Anfang 2011 auf 20% im April 2013. Die Ausrüstungsinvestitionen werden daher heuer um nur 1,5% zunehmen, 2014 um 2,0%.

Übersicht 5: Produktivität

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 3,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Erwerbstätige ¹⁾	- 0,9	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	- 2,9	+ 1,4	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	+ 0,7
Herstellung von Waren						
Produktion ²⁾	- 13,0	+ 7,2	+ 8,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,5
Beschäftigte ³⁾	- 5,3	- 1,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,1
Stundenproduktivität ⁴⁾	- 4,7	+ 5,4	+ 6,6	+ 0,2	+ 1,4	+ 3,0
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 3,5	+ 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,5	+ 0,4

Q: WIFO, 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Die Bautätigkeit schwächte sich Ende 2012 und Anfang 2013 teilweise wetterbedingt ab. Im Konjunkturtest war die Tendenz der aktuellen Lagebeurteilung in der Bauwirtschaft erstmals seit Ende 2009 im negativen Bereich. Einige Tiefbauprojekte werden wegen der Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte aufgeschoben. Die Wohnbaubewilligungen gingen 2012 zurück; aufgrund der Bevölkerungsentwicklung steigt jedoch der Bedarf an preiswerten Wohneinheiten deutlich, vor allem in den Ballungsräumen, und wird auch mittelfristig hoch bleiben. Dieser Nachfrageüberhang schlägt sich in einer überdurchschnittlichen Erhöhung der Miet- und Häuserpreise nieder (2012 +4,4% bzw. +12,4%). 2013 werden die Bauinvestitionen um nur 0,5% steigen, 2014 um 1,1%.

Das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war 2010 und 2011 rückläufig und nahm 2012 nur schwach zu. Das Entsparen der privaten Haushalte hielt bis 2011 an. Seither erhöhte sich die Sparquote wieder leicht bei gleichzeitiger Konsumzurückhaltung. Diese wird heuer noch andauern (privater Konsum 2013 +0,2%). Das ist einerseits auf die schwache Entwicklung der Realeinkommen zurückzuführen (2013 verfügbares Einkommen +0,4%, Bruttolöhne pro Kopf +0,2%). Andererseits nehmen die Sparanstrengungen der privaten Haushalte weiter geringfügig zu (Sparquote 7,9%). Die im Zuge der Wirtschaftskrise verlorenen Vermögenspolster sollen wieder schrittweise aufgebaut werden. Schon 2014 wird der prognostizierte Einkommenszuwachs (verfügbares Einkommen +0,9%, Bruttolöhne pro Kopf +0,4%), teils bedingt durch das Nachlassen der Inflation (2013: 2,2%, 2014: 2,0%), aber wieder einen deutlicheren Anstieg des Konsums erlauben (+0,9%).

Der Beschäftigungszuwachs schwächt sich 2013 ab (+0,7%; 2014 +0,8%) und betrifft weiterhin großteils die Teilzeitbeschäftigung. Die Frauenbeschäftigung expandiert deutlich stärker als die der Männer. Die Konjunkturschwäche macht sich u. a. in einem Rückgang des Arbeitskräfteverleihs bemerkbar, der zunehmend nicht durch Festanstellung kompensiert wird.

Ähnlich wie die Beschäftigung verlangsamt sich die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes. Sie bleibt aber höher als jene der Beschäftigung, sodass die Arbeitslosenquote weiter steigt (von 7,5% auf 7,6% im Jahr 2014). Vor allem Frauen, Ältere und ausländische Arbeitskräfte weiten ihr Arbeitsangebot aus. Unter den ausländischen Arbeitskräften betrifft dies vor allem jene aus der näheren Umgebung, die daher tageweise oder wochenweise pendeln können und in deren Herkunftsland die Wirtschaftslage schlechter ist als in Österreich (z. B. Ungarn).

Mäßige Einkommensentwicklung bei zunehmender Sparneigung belastet Konsum

Nach dem Rückgang 2010 und 2011 werden die Realeinkommen heuer wie 2012 nur mäßig steigen. Der Beschäftigungszuwachs verlangsamt sich, die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu.

Anstieg der Arbeitslosigkeit bleibt angebotsinduziert

Übersicht 6: Konsum, Einkommen und Preise

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,8	+ 2,3	+ 1,8	- 4,8	- 4,2	+ 0,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 0,3	- 0,6	- 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	11,2	9,1	7,4	7,7	7,9	8,0
Sparquote der privaten Haushalte ³⁾	10,6	8,6	7,1	7,3	7,5	7,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	- 1,3	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,0	+ 0,9	+ 2,9
	In %					
Inflationsrate						
National	0,5	1,9	3,3	2,4	2,2	2,0
Harmonisiert	0,4	1,7	3,6	2,6	2,3	2,0
"Kerninflation" ⁴⁾	1,5	1,2	2,8	2,3	2,4	2,0

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ⁴⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4
Real ²⁾						
Brutto	+ 1,2	- 0,8	- 1,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4
Netto	+ 3,0	- 1,1	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1
Lohnstückkosten						
Gesamtwirtschaft	+ 4,8	- 0,3	+ 0,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,6
Herstellung von Waren	+ 11,5	- 6,1	- 3,9	+ 3,1	+ 1,7	- 0,7
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,7	- 2,6	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 0,1
Real	+ 0,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,4	+ 1,4	+ 0,1

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

Konsolidierungspfad mit zahlreichen Risiken behaftet

Die österreichische Budgetpolitik verfolgt zwar weiterhin einen Konsolidierungskurs. Neben konjunkturbedingten Unsicherheiten bestehen jedoch zahlreiche Risiken, insbesondere aufgrund möglicher Mehrausgaben zur Finanzmarktstabilisierung; 2013 sind dafür wie im Bundesvoranschlag 1,15 Mrd. € vorgesehen. Ein zusätzlicher defizit-erhöhender Kapitalbedarf für notverstaatlichte Banken ist sowohl für 2013 als auch 2014 nicht ausgeschlossen. Auch sind Höhe und Zeitpunkt der Mittelflüsse aus den bilateralen Steuerabkommen mit der Schweiz und mit Liechtenstein unsicher. Für 2013 berücksichtigt die Prognose Einnahmen aus dem Abkommen mit der Schweiz im Ausmaß von 0,6 Mrd. €. 2014 werden Einnahmen aus den beiden bilateralen Abkommen von insgesamt 0,5 Mrd. € erwartet. Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer sind für 2014 nicht vorgesehen. Unklarheit besteht auch bezüglich der budgetwirksamen Ausgaben zur Beseitigung von Hochwasserschäden. Das WIFO prognostiziert für 2013 ein Defizit des Gesamtstaates von 2,3% und für 2014 von 1,7% des BIP.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	- 44,0	+ 32,4	+ 70,4	+ 52,2	+ 26,5	+ 32,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	- 48,5	+ 25,5	+ 63,3	+ 47,2	+ 22,0	+ 28,0
Veränderung gegen das Vorjahr	<i>in %</i> - 1,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8
Inländische Arbeitskräfte	- 43,0	+ 5,8	+ 25,7	+ 9,0	+ 2,0	+ 3,0
Ausländische Arbeitskräfte	- 5,5	+ 19,7	+ 37,7	+ 38,1	+ 20,0	+ 25,0
Selbständige ³⁾	+ 4,5	+ 6,9	+ 7,1	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,5
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 17,3	+ 21,6	+ 37,0	+ 15,6	+ 3,0	+ 5,5
15- bis 59-Jährige	+ 11,1	+ 8,9	+ 17,1	+ 19,5	+ 7,2	+ 5,3
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 4,0	+ 22,9	+ 66,3	+ 66,1	+ 47,5	+ 41,5
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	+ 48,1	- 9,5	- 4,1	+ 13,9	+ 21,0	+ 9,0
Stand	<i>in 1.000</i> 260,3	250,8	246,7	260,6	281,6	290,6
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	<i>in 1.000</i> 64,1	73,2	63,2	66,6	74,6	76,6
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,8	4,4	4,2	4,3	5,0	5,1
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,5	6,2	6,0	6,3	6,7	6,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	7,2	6,9	6,7	7,0	7,5	7,6
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	64,7	65,1	65,9	66,6	67,0	67,5
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	71,6	71,7	72,1	72,5	72,6	73,0

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienster. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

In der wechselseitigen Abhängigkeit von Finanzmarktintermediären und öffentlichen Gebietskörperschaften liegt im Euro-Raum nach wie vor ein großes Problem. Die Abwärtsspirale aus Vertrauensverlust (gegenüber Staatsanleihen), Instabilität (der Banken), negativen Erwartungen und schwacher Investitionsnachfrage ist weiterhin ungebrochen. Die ordnungspolitische Konstitution des Euro-Raumes bleibt fragil, die Anfälligkeit gegenüber externen Schocks hoch und die Unsicherheit des Prognoseumfeldes beträchtlich. Die Investitionen könnten sich dynamischer entwickeln und eine raschere Konjunkturbelebung im Euro-Raum bewirken, falls die Vertrauenskrise durch Reformen der institutionellen und makroökonomischen Rahmenbedingungen dauerhaft überwunden wird. Dazu zählen etwa die Etablierung einer Bankenunion und einer EU-weiten Einlagensicherung, die Verringerung der Refinanzierungskosten und die Implementierung importschonender Wachstumsprogramme in den Krisenländern.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 4,1	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 1,7
Primärsaldo des Staates laut VGR	- 1,3	- 1,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	1,2	0,8	1,4	0,6	0,2	0,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	3,9	3,2	3,3	2,4	1,8	1,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	+ 0,9	- 2,5	+ 0,1	- 1,5	+ 0,8	+ 0,2
Real	+ 0,4	- 2,7	+ 1,2	- 1,4	+ 1,3	+ 0,1

Q: WIFO. 2013, 2014: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Stärkerer Aufschwung möglich, Abwärtsrisiken aber ausgeprägt

Wenn eine stärkere Belebung des Außenhandels das Unternehmerv Vertrauen festigt, könnte die verfügbare Liquidität einen rascheren Aufschwung ermöglichen. Die Abwärtsrisiken bleiben jedoch hoch, falls die Rezession im Euro-Raum anhält.

Das Risiko automatischer Budgetkürzungen bleibt in den USA angesichts der politischen Pattstellung zwar bestehen, ist aber nach den jüngsten Erfahrungen mit der Fiskalklippe und dem Schuldenlimit besser einzuschätzen. Günstige Faktoren, wie die Innovationen auf dem Energiemarkt der USA, bergen gewisse Aufwärtsrisiken, vor allem wenn dadurch das Unternehmervertrauen belebt werden kann. Ähnlich wird in Japan erst in den kommenden Monaten absehbar sein, ob die neue wirtschaftspolitische Strategie nachhaltige Wirkung zeigt.

Risiken gehen von den weltweiten Finanzmärkten aus, die derzeit mit billigen Zentralbankkrediten vor allem aus den USA und Japan angekurbelt werden. Die lockere Geldpolitik ist zwar notwendig, um einen weltweiten Aufschwung in Gang zu setzen, birgt aber das Risiko einer neuen Instabilität auf den Finanzmärkten. In erster Linie betrifft dieses Risiko derzeit die Schwellenländer, wo die Kapitalströme in den letzten Wochen bereits stark fluktuierten.

In Österreich wird das Wachstum durch die Schwäche der Auslandsnachfrage beschränkt. Die Unternehmen finden günstige Finanzierungsbedingungen vor und konnten ihren Humankapitalbestand durch die Stabilisierung des Beschäftigungsstandes halten. Aufwärtsrisiken ergeben sich daher für die Binnennachfrage, falls sich die Entwicklung in wichtigen Handelspartnerländern wie etwa Italien, Frankreich, Tschechien oder Ungarn schneller als angenommen verbessert. Eine Drosselung der Konjunktur könnte sich allenfalls durch eine anhaltende Schwäche bzw. eine zusätzliche Verschlechterung des internationalen Umfeldes ergeben.

Crisis in the Euro Area Delays Cyclical Upturn in Austria

Economic Outlook for 2013 and 2014 – Summary

The recovery in the euro area suggested by several leading indicators early this year has so far not set in. Hence, demand and output in Austria disappointed in the first quarter of 2013. For the second half of the year, WIFO expects a gradual pick-up, leaving GDP growth for the whole year at a modest 0.4 percent, before strengthening to a rate of +1.6 percent in 2014.

While the business cycle recovery keeps progressing in the USA, Japan and parts of South-East Asia, South America and Africa, activity remains sluggish in Europe and in particular in the euro area. Several countries in the European periphery have taken measures to boost price competitiveness and lower the external deficit. Yet, due to the low export ratios of the countries concerned and the subdued growth of world trade¹, the negative repercussions of these measures for the domestic economy prevailed. Given banks' reservation in granting new credit, shortfalls of internal financing can in many instances not be compensated by external borrowing. At the same time, the restraint in government demand in many countries is heavily weighing on growth.

In Austria, the momentum of exports and investment keeps being muted by the weak international environment. The limited real income gains and increased saving by private households constitute a drag on

consumer demand. Real GDP is expected to edge up by only 0.4 percent in 2013. Employment growth is losing pace (2013 +0.7 percent, 2014 +0.8 percent), while the unemployment rate moves up to 7.5 percent and 7.6 percent, respectively. Inflation is gradually abating to 2.2 percent on annual average 2013 and 2.0 percent in 2014.

World trade usually grows swiftly with solid output growth (recorded at +3.2 percent in 2012 for the global economy; average 1992-2012 +3.6 percent); thus, it is expected to revert to its long-term trend increase of 6.0 percent by 2014. As a strong export performer, the Austrian economy stands to benefit from this revival: export growth should thus accelerate in 2014 and provide stimulus to domestic private investment. Private households are expected to use a larger part of their income gains in 2014 for consumption. In all, real GDP growth is projected to pick up to an annual 1.6 percent in 2014.

¹ The English version of the WIFO Economic Outlook will be published in "Austrian Economic Quarterly". – ¹ World trade increased by 1.9 percent in 2012 (average 1992-2012 +6.0 percent) and hence significantly less than global output (+3.2 percent). According to the OECD, a lower-than-output increase of world trade has been observed only six times over the last 50 years (most recently during the cyclical downturns of 2001 and 2009).